

# So viel zur Wertschätzung der Zweiradfahrer

Zu: „Keine Vision, aber eine pragmatische Lösung“ – vom 20.11. – diese Leserin glaubte zuerst an einen verspäteten Aprilscherz.

Bei der Lektüre über den geplanten Umbau der Fürther Straße (Nordseite) zwischen Mendel- und Feuerleinstraße glaubte ich zuerst an einen verspäteten Aprilscherz. Als überzeugte Radfahrerin habe ich es sehr geschätzt, dass ich auf dem sehr breiten Gehweg in diesem Bereich relativ sicher auf der abgegrenzten Fahrradspur fahren konnte.

Nun soll diese Sicherheit aufgegeben werden und die Räder auf die stark befahrene, noch dazu dann auf eine Spur verengte Fürther Straße verbannt werden.

Hat man sich im Verkehrsplanungsamt eigentlich keine Gedanken über diese massive Gefährdung der Zweiradfahrer gemacht, die dann mit aus- und einfädelnden Bussen und Pkws aus den Bus-Parkbuchten konfrontiert sind?

Weiß man in diesem Amt nicht, dass es schon jetzt in diesem Streckenabschnitt sowieso ständig Staus gibt und ist es den Planern entgangen, dass diese Strecke zum Klinikum Nord führt und Notärzte oder Einsatzfahrzeuge dann nicht vorankommen?

Für eine solche Maßnahme können dann auch locker 2,86 Millionen Euro investiert werden, wie überhaupt für schikanöse Verkehrsregulierungen immer Geld vorhanden ist.

Verärgert bin ich auch deshalb, weil nur 500 Meter weiter an der stark frequentierten Kreuzung Fürther und Maximilianstraße in der Süd-Nordachse überhaupt kein Fahrradweg vorhanden ist. Das Befahren dieser Strecke ist für Radfahrer ein riskantes



Die sehr breiten Bürgersteige der Fürther Straße bieten den Radfahrern bislang viel Sicherheit – aber wie lange noch? Foto: Oliver Acker

Unterfangen, ja richtig gefährlich, weil der Straßenbelag auch noch sehr schadhaft ist. Seit 2005 gibt es für einen entsprechenden Umbau Pläne, die aber wegen Geldmangels bisher nicht realisiert werden konnten. Soviel nur zur Wertschätzung der Zweiradfahrer!

Sollten der geplante Umbau der Fürther Straße tatsächlich stattfinden, kann ich nur hoffen, dass der Wähler diese Maßnahmen bei der nächsten Kommunalwahl entsprechend quittiert.

Rita Heider, Nürnberg

## Bäckergeselle sollte dem künftigen Chefarzt nicht Studiengebühr zahlen

Zu: NZ-Leserfrage mit dem Thema Studiengebühren – Ungleichgewicht der Argumente

In Ihrer NZ-Leserfrage zum Thema Studiengebühren sind die Pro- und Contra-Darstellungen zu den sozialen Aspekten vom Umfang her sehr unterschiedlich ausgefallen: zwei Zeilen gegenüber 17 Zeilen.

Das ist keine faire Darstellung des zu Grunde liegenden Sachverhaltes. Bei den sozialen Aspekten der Studiengebühren hätte man, quasi als Ausgleich, z. B. erwähnen können, warum

– überspitzt gesagt – die Krankenschwester oder der Bäckergeselle dem zukünftigen Chefarzt oder Professor die Studiengebühren zahlen sollten.

Offensichtlich ist es den Verfassern der Leserfrage mehr um die Darstellung ihrer eigenen Meinung gegangen als den Lesern ein ausgewogenes Bild von den Vor- und Nachteilen der Studiengebühren zu vermitteln.

Journalisten sollten neutral informieren und nicht versuchen, die Leser von der eigenen Meinung zu überzeugen. Jürgen Rexer, Schnaittach

## Höherer Preis für Glühwein mit einer hanebüchernen Begründung

Zu: „Glühwein wird um 50 Cent teurer“, vom 28.11. Für diesen Leser eine unverschämte Preistreiberei, die zu wenig gezeigelt worden sei.

Mit Interesse und Enttäuschung habe ich Ihren Artikel über die Preiserhöhung der Glühweinpreise gelesen. Enttäuschung deshalb, weil keinerlei kritischer Ton gegenüber einer Preiserhöhung von 20 Prozent angeschlagen wird.

Und das noch mit einer solch hanebüchernen Begründung wie eine schlechte Weinernte in Südeuropa!?

Wenn der Preis für die Wiesn-Maß erhöht wird, geht ein Aufschrei durch den Blätterwald – ebenso bei den jüngsten Energiepreisanpassungen und permanenten VAG Preiserhöhungen.

Sicherlich ist Glühwein kein Grundbedürfnis wie Energie oder Transport, aber bei solch unverschämter Preistreiberei erwarte ich doch auch kritische Töne von der Presse. In der Hoffnung auf eine kritischere Berichterstattung meiner Tageszeitung.

Gerhard Zaiß, Schwarzenbruck

## Leihfahräder am Flughafen – tolle Idee oder doch seltsam?

Zu: „Fahrräder für den Flughafen Nürnberg“ vom 28.11. – Für die einen ist dies eine seltsame Gemengelage – für andere wiederum eine super Idee.

Fliegen und Fahrrad fahren – wer sind die 700 Online-Abstimmer? Wer will mir erzählen, dass diese Rechnung aufgeht? Andererseits wird immer wieder berichtet, dass für wichtige Schulbelange kein Geld vorhanden ist oder erst später, dann ist dieser Bericht für mich der Hammer der Woche!

Und immer ist der „Frank Jülich Verkehrsplaner“ dabei: 30-km-Zone Thumenberger Weg, dies aber nicht vor der Großschule Oedenberger Straße, und: Fußgängerinseln in der Laufamholzstraße... Dietrich Krause, Nürnberg

Morgens mit dem Leihfahrrad zum Flughafen radeln, einchecken und abfliegen zum Shoppen nach Berlin. Am Abend dann wieder zurück zum Airport Knoblauchsland und mit dem Leihrad wieder in Richtung Heimat. Superidee!

Gleichzeitig wird noch was für eine saubere Umweltbilanz getan. Danke! Klaus P. Jaworek, Nürnberg

## Die Kurzstreckenflüge schädigen übermäßig die Umwelt

Zu: „Flughafen Nürnberg setzt auf Billigflieger“ vom 14.11.

Von Flughäfen deutscher Großstädte ist die Rede, u. a. Nürnberg und Köln-Bonn. Der innerdeutsche Flugverkehr über relativ kurze Entfernungen bis zu 700 Kilometer mit seiner energieintensiven Start- und Landephase ist ungünstig.

Diese Flughäfen können ohne Umsteigen innerhalb Deutschlands leicht mit Bahn oder Auto erreicht werden.

Dagegen sind die Fernflüge in 8000 bis 10000 Meter Höhe durch den Schwebestand in dieser Höhe weniger energieintensiv, und man kann den Energieverbrauch im Verhältnis

## Über unsere Köpfe hinweg

Zu: Awo-Sanierung

Als Voraussetzung für einen Notlagentarif bei der Arbeiterwohlfahrt Nürnberg fordert ver.di eine Beteiligung der Awo-Tochter arbewe GmbH an der Konsolidierung. Gleichzeitig soll die Mitbestimmung auf die arbewe ausgeweitet werden: Die arbewe soll in den Kreisverband der Awo eingegliedert, ihre Eigenständigkeit als GmbH beendet werden.

Zurecht lehnt es der Awo-Vorstand ab, Mittel der arbewe für die Konsolidierung einzusetzen: Die arbewe erzielt einerseits Einnahmen aus den Kostensätzen von Arbeitsagentur, Rentenversicherung und Bezirk Mittelfranken. Diese sind zweckbestimmt für die Eingliederung psychisch kranker Menschen ins Arbeitsleben. Andererseits erzielen wir Produktionserlöse, die unsere psychisch kranken Beschäftigten im Rahmen der Werkstatt erwirtschaften.

Beide Einnahmearten werden zusammen mit den notwendigen Kosten des laufenden Betriebes in der Ergebnisrechnung berücksichtigt, dem sogenannten Arbeitsergebnis. Dieses muss zu 70 Prozent an die behinderten Beschäftigten ausbezahlt werden, der Rest geht in Rücklagen für Ertragsschwankungen und Ersatz- und Modernisierungsinvestitionen.

Diese Mittel dürfen (gesetzlich geregelt in Paragraph 12 Werkstättenverordnung) nur für Werkstattzwecke ausgegeben werden. Die freien Rücklagen, über die die arbewe verfügt, sind für den dringend notwendigen Bau einer dritten Werkstatt im Jahr 2013 geplant.

Die bestehenden Werkstätten der arbewe platzen aus allen Nähten. Wir sind froh, dass die arbewe in der Lage ist, diesen Bau finanziell stemmen zu können. Was die Auflösung unserer Selbstständigkeit und die Eingliederung in die Awo betrifft: eine Entscheidung über unsere Köpfe hinweg – Mitbestimmung sieht anders aus.

Günter Fischer, Geschäftsführer arbewe GmbH

## VAG erhöht die Preise und kriegt Probleme nicht in den Griff

Zu: „Probleme im Stellwerk“ vom 17.11. und den VAG-Preiserhöhungen

Die VAG erhöht ab 1. Januar 2013 wieder einmal ihre Fahrpreise. Ihre altbekannten Probleme mit den fahrerlosen U-Bahnen bekommt sie aber leider nicht in den Griff – schöne Gegenleistung!

Am 16. und 17. November gab es wieder einmal Panne im Stellwerk mit massiven Verspätungen und Zugausfällen, Ersatzbusse mussten teilweise pendeln. Wer künftig pünktlich von A nach B will, sollte besser nicht mehr auf die „Fahrerlosen“ vertrauen. Vermutlich werden ab Januar 2013 U2 und U3, wenn überhaupt, dann nur noch ohne entsprechende Fahrpläne verkehren.

Klaus P. Jaworek, Nürnberg



Fahrpreiserhöhungen und Probleme im alltäglichen Fahrbetrieb bringen die Kunden auf die Palme. F.: Horst Linke

Was sich mir leider nicht plausibel erschließt, ist die Tatsache, dass Schüler ab der 11. Klasse ihre Fahrkarten selber bezahlen müssen, obwohl sich die finanzielle Situation des Schülers und der Eltern auch in der 11. Klasse nicht verändert hat. Hier kommt eine zusätzliche finanzielle Belastung auf die Eltern zu, die den meisten wohl nicht bekannt ist!

Claudia Bälz, Nürnberg

## Hinkender Vergleich 1: Christkindlesmarkt und Oktoberfest

Zu: „Trendforscher vergleicht Christkindlesmarkt mit Oktoberfest – Die weihnachtliche Wiesn der Franken“ vom 1.12.

Wenn neuerdings der Christkindlesmarkt in den Medien als Fränkisches Oktoberfest bezeichnet wird, halte ich den Vergleich für sehr danebengegriffen.

Sauf- und Fressgelage findet man hier ebenso wenig wie grölende, auf den Tischen tanzende „Event-Süchtlinge“. Also lasst dieses Vergnügen doch den Münchnern und uns den stillen und manchmal auch beschaulichen Christkindlesmarkt.

Ulrike Hofmann, Nürnberg

## Hinkender Vergleich 2: Opernball und Bardentreffen

Zu: „Stadt finanziert nicht nur den Opernball“ vom 29.11. – hier werden nach Meinung dieser Leserin Äpfel mit Birnen verglichen.

In diesem Artikel werden praktisch Opernball und Bardentreffen in einem Atemzug genannt – ich meine aber, dass da doch ein gravierender Unterschied besteht.

Zum Bardentreffen zum Beispiel oder Klassik Open Air kann jeder Mensch, auch mit einem noch so kleinem Einkommen, hingehen und sich erfreuen, das muss unbedingt weiter bezuschusst werden. Und wie viele können zum Opernball gehen?

Inge Schäfer, Nürnberg

## Kein Internet? – Pech gehabt!

Zu: „Mehr Bäume für Nürnberg“

Laut Roland Burgis, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Nürnberg, traf „das Publikum“ per Abstimmung im Internet die Entscheidung über die Bildauswahl für den Kunstkalender 2013 der Sparkasse. Dass Banker

mit Leuten, die kein Internet nutzen können, nichts anfangen können, ist vielleicht noch nachvollziehbar, aber dass naive Artikelschreiber aus dieser Tatsache die Konsequenz ziehen „Ein sehr demokratisches Auswahlprinzip also“ – ist einfach zu viel.

Traudl Cuntzler, Nürnberg